

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Druckband bezogen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Baltikum u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litwens 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 60 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin E2, Breite Straße 5-6.

Die achtspaltige Anzeigenzeile ober deren Name lautet 5.- M. einschließlich Anzeigenpreis. Kleinanzeigen: Das fettgedruckte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1.50 M., einschließlich Anzeigenpreis. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3.20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in West-Preußen das fettgedruckte Wort 1.50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

# Die Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Das Echo der deutschen Antwort

### England bleibt auf seinem Standpunkt

London, 25. Juli.

Der Parlamentskorrespondent des „Daily Express“ will erfahren haben, daß eine neue Mitteilung der britischen Regierung an Frankreich bezüglich Oberschlesien unterwegs ist. Die englische Regierung bleibe bei ihrem ursprünglichen Standpunkt. Groß-Britannien werde vorschlagen, in der nächsten Woche eine Zusammenkunft des Obersten Rates abzuhalten. Lloyd George sei bereit, nach Paris zu gehen. Die englische Regierung sei der Ansicht, daß Bestand die Gefahr in Oberschlesien übersteige. Geheht aber, die französischen Besorgnisse wären begründet, so ist die englische Regierung dafür, daß die Gefahr am besten durch eine gemeinsame Aktion durch den Obersten Rat beseitigt werden würde.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt: Der französische Botschafter hatte mit Lord Curzon Sonntag nachmittag eine ungewöhnlich lange Besprechung. Er erneuerte Briand's Ersuchen um Ernennung britischer Mitglieder für den Sachverständigenausschuß und die Entsendung britischer Truppen nach Oberschlesien. Französische Truppen würden auf jeden Fall abgehen. Lord Curzon wies darauf hin, daß keine Truppen abgehen sollten, bevor der Oberste Rat dieses Verfahren genehmigt habe. Er drängte nochmals auf Zusammentritt des Obersten Rates Anfang August. Trotz des Bestrebens beider Regierungen, einen höflichen und freundschaftlichen Gedankenaustausch zu unterhalten, bleiben die grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten unverändert.

Der diplomatische Korrespondent fährt fort: Die Verletzung, aus den Meinungsverschiedenheiten Frankreichs mit einem Alliierten, Kapital zu schlagen, sei natürlich für einen deutschen Diplomaten, wie Dr. Rosen, der in den Traditionen der alten Wilhelmstrasse zu Hause ist, unüberwindlich. Sein Argument sei vom juristischen Standpunkt aus sich haltig, ebenso wie seine Ansicht, daß der Stand der Dinge in Oberschlesien nicht so verzweifelt ist, wie es von französischer Seite geschildert wird, in London und Rom Zustimmung finden. Aber obgleich Dr. Rosen's Stellung ziemlich stark ist, folgt noch nicht daraus, daß seine indirekte Herausforderung an Frankreich zweckmäßig ist. Aber vielleicht ist Dr. Rosen's Aktion tatsächlich von dem Wunsche befeuert, eine Krise zwischen London und Paris zu überstürzen. Wenn das der Fall ist, dann ist sie ebenso töricht wie arglistig.

Ein diplomatischer Korrespondent der „Sunday Times“ schreibt: Die Haltung der französischen Besatzungstruppen in Oberschlesien sei durchaus provozierend, die Entsendung weiterer Truppen werde die Lage verschlimmern und Polen zu einer Haltung ermutigen, die zum Ausbruch führen könne. Neue Unruhen in Oberschlesien würden wahrscheinlich den Sturz der deutschen Regierung herbeiführen; ein Ereignis, das bei der gegenwärtigen Lage katastrophale Folgen haben würde. Wenn Truppen geschickt werden sollen, dann müssen es ebenso englische wie französische sein, aber englische Truppen würden nicht entsandt werden, bevor der Oberste Rat zusammengetreten sei.

## Drohungen in der Pariser Presse

CC. Paris, 25. Juli.

Im Laufe der gestrigen Besprechungen wurde eifrig nach einer Grundlage für ein Einvernehmen durch gegenseitige Konzessionen gesucht. Es steht natürlich noch nicht fest, ob England den französischen Forderungen Rechnung tragen wird und der Entsendung von Truppen nach Oberschlesien zustimmt. Aber in Frankreich hofft man auf diese Zustimmung und scheint, wie aus dem „Echo de Paris“ mit aller Deutlichkeit hervorgeht, entschlossen zu sein, falls diese Zustimmung Englands nicht zu erhalten ist, allein vorzugehen. Der bemerkenswerte Artikel von Vertinax im „Echo de Paris“ fährt folgendes aus: Lloyd George und seine Kollegen erklären die französische Initiative, Truppen nach Oberschlesien zu entsenden, für eine formelle Ablehnung der Allianz, und für eine Kläffschrei Frankreichs zur Politik von Frankfurt. Dies hat Milno Chevalam auch am Sonntagabend dem Generalsekretär des auswärtigen Amtes erklärt. Man erkennt sofort, was auf dem Spiele steht: Entweder hält sich Frankreich an die Beschlüsse, die es gefaßt hat und wird von der Isolierung bedroht, oder es gibt nach und legt sich durch die Niederlage, die es erleidet, der Gefahr aus, bei der Gesamtregelung der ober-schlesischen Frage in Nachteil zu geraten. Infolgedessen mußte eine mittlere Linie gesucht werden. Frankreich würde auf die Sachverständigenkommission verzichten, weil es sich bei dieser nur um eine Methode der Erörterungen handelt. In dem Gedanken derer, die die Einberufung einer solchen Kommission empfehlen, sollte ihr Hauptwert darin bestehen, einem etwaigen englisch-französischen Konflikt in der ober-schlesischen Frage zuvorzukommen und sich über die Grundlagen der ober-schlesischen Angelegenheit selbst auszusprechen. Heute aber besteht dieser Konflikt über die ober-schlesische Frage, er ist offensichtlich. Demnach könnte man ruhig sofort auf die Sitzung des Obersten Rates zurückkommen, der sich um die Mitte

der nächsten Woche versammeln könnte. Aber Frankreich knüpft an die Annahme des Zusammentritts des Obersten Rates eine ausdrückliche Bedingung, daß sich England Frankreich anschließe, um von der deutschen Regierung den raschen Transport einer französischen Division nach Oberschlesien zu erlangen. Diese mühte in dem Augenblick in ihren Kasernen sein, in dem sich der Oberste Rat in Boulogne oder Paris versammelt. Indem England den französischen Ansprüchen Folge leistet, würde es einen Beweis seines Ernstes ablegen. „Warum erscheint“, fragt Vertinax, „England die Entsendung von Verstärkungen eine so befremdliche Sache? Weil England Deutschland die Gesamtheit des Industriegebietes zuteilen will und deshalb annimmt, daß in diesem kritischen Gebiete die Deutschen die Verteidiger des Willens der Mächte gegen die Polen wären, d. h. nämlich, daß die Deutschen den Widerstand ihrer Gegner brechen könnten.“

Der französische Vorschlag darauf, daß das ganze Industriegebiet oder der größere Teil desselben den Polen zufalle und infolgedessen zahlreiche alliierte Soldaten an Ort und Stelle sein müßten. Vertinax glaubt, daß man heute Englands Antwort kennen werde. Er hofft, daß der Ministerpräsident in dem Fall, daß England nicht nachgeben würde, entschlossen sein werde, um Berlin zur Nachgiebigkeit zu bringen, an die Pforten der Ruhr zu klopfen. Es handle sich darum, eine der wichtigsten Grundlagen der französischen Politik zu verteidigen. Es handle sich um die zukünftige Sicherheit Frankreichs, das seine Verhandlungen zu lassen könne. Frankreich habe der Allianz bereits alle möglichen Opfer zugestanden.

Auch der „Matin“ ist der Ansicht, daß England nur deshalb hartnäckig die Entsendung von Truppen nach Oberschlesien verweigere, weil es Deutschland in der ober-schlesischen Frage eine günstige Lösung versprochen habe. Polen würde danach nur zwei Bezirke, nämlich Pleß und Rybnik bekommen, während der Rest der Provinz an Deutschland fallen würde. Deshalb wäre England entschlossen, mit Frankreich wegen einer Formfrage zu brechen. Doch könne sich Frankreich von niemandem das Recht bestreiten lassen, einige tausend unentbehrlicher Menschen nach Oberschlesien zu entsenden, um im Falle von Unruhen das Prestige der französischen Fahnen und den Respekt vor der Entente zu verteidigen.

## Der „unverschämte Ton“

Paris, 24. Juli.

Der „Temps“ bespricht in seinem heutigen Leitartikel die Verhandlungen, die in der letzten Woche sowohl mit der englischen als auch mit der deutschen Regierung in der ober-schlesischen Frage gepflogen wurden. England und Deutschland widersetzten sich der französischen These und hätten fast zur gleichen Stunde Erklärungen abgegeben, die den gleichen Sinn hätten. Man habe unrecht zu erklären, daß man zur gleichen Lage wie im April 1920 während der Besetzung von Frankfurt a. M. zurückgekehrt sei. Das Blatt hofft, daß die französische Regierung ihre Haltung noch nicht bestimmt habe. Ministerpräsident Briand sei heute von Paris abwesend. Deshalb sei noch keine Entscheidung am Kai d'Oran getroffen oder formuliert worden. England und in seinem Gefolge Deutschland erklärten, um Truppenverstärkungen nach Oberschlesien zu entsenden, sei ein vorheriges Einverständnis nötig. Das Blatt hält dem entgegen, daß England nach Konstantinopel und in die Meerengen Verstärkungen entsandt habe und fragt, ob das nach vorherigen Beratungen mit den Alliierten erfolgt sei. Nein, England übe das unantastbare Recht aus, das jede Regierung besitze, Maßregeln gegen eine Erhebung zu treffen. Deutschland behäre, daß der Selbstschutz von Oberschlesien in einem Bezirk operiere, der seiner Verwaltung entzogen sei. Die deutsche Regierung habe aber am gleichen Tage dem französischen Botschafter erklärt, sie weigere sich, eine französische Verstärkungsdivision zu transportieren. Sie verzögere also, oder verhindere eine Maßnahme, die dazu bestimmt sei, die französischen Truppen in Oberschlesien zu sichern. Sie verzögere also den Genarmen den Weg. Das Deutsche Reich sei also von heute ab für alles das verantwortlich, was den französischen Soldaten in Oberschlesien zustößen könne.

„Petit Journal“ wendet sich sehr scharf gegen die deutsche Antwort. Es nennt sie eine Note, die den schlechtesten Willen befinde und durch den „unverschämten Ton“ an die schlimmsten Erklärungen Bethmann-Hollweg's und v. Kuhlmann's erinnere. Man spekulierte in Berlin auf einen Konflikt zwischen London und Paris. Das sei ein psychologischer Irrtum, der der deutschen Tradition entspreche, aber den Deutschland vielleicht teuer bezahlen könne. Frankreich werde sich nicht durch die schuldige und befeigte Nation lappen lassen.

## Eine neue Note des englischen und des italienischen Kommissars

CC. Paris, 25. Juli.

Wie der „Petit Parisien“ meldet, traf gestern morgen aus Opatowitz eine neue Note des englischen und des italienischen Kommissars ein, nach der vor der Entscheidung des Obersten Rates sowohl den Deutschen als den Polen die Gebiete übergeben werden sollten, die ihnen später unter allen Umständen zuerkannt werden würden, d. h. also, den Polen die Kreise Pleß und Rybnik, den Deutschen die nördlichen und die westlichen Kreise. Vor allem Kreuzburg, Rosenberg, Deobischitz und Opatowitz. Allerdings machen beide Kommissare diesen Vorschlag in verschiedenen Formen: Sie würden in ihm ein Mittel sehen, die Truppen der J. A. R. in dem noch kritischen Gebiete zu konzentrieren und dadurch die Entsendung von weiteren Truppen nach Oberschlesien auf ein Minimum zu reduzieren.

## Die neue Krise

### Die englisch-französischen Gegensätze

Die deutsche Antwort an Frankreich und das dazugehörige Schreiben an den französischen Botschafter in der Frage des Truppentransportes hat, wie zu erwarten war, in der nationalistischen Presse Frankreichs ein sehr unfreundliches Echo gefunden. Dort wird der deutschen Regierung vorgeworfen, daß sie erstens einen sehr anmaßenden Ton anschläge, und zweitens auf die Uneinigkeit zwischen Frankreich und England in der ober-schlesischen Frage spekuliere. Nun ist die eine Tatsache richtig, daß das Schreiben an den französischen Botschafter an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt und auf die Frage, ob die deutsche Regierung dem Transport der französischen Division nach Oberschlesien alle notwendigen Erleichterungen gewähren wolle, mit einem klaren Nein antwortet. Die deutsche Regierung beruft sich darauf, daß der Truppentransport durch Deutschland nur von den drei Mächten, die die Besetzung Oberschlesiens ausführen, gemeinsam verlangt werden könne. Das entspreche dem Versailles-Vertrag, dem sie in jeder Weise nachzukommen bereit sei.

Nun heißt es in der Anlage zu Artikel 88 des Versailler Vertrages, daß die deutsche Regierung sich verpflichte, die Beförderung der Truppen nach Oberschlesien zu ermöglichen, und im Artikel 375 wird von den Beförderungsanweisungen „einer im Namen der alliierten und assoziierten Mächte handelnden Behörde“ gesprochen, denen Deutschland nachzukommen habe. Es wird sich nun darum handeln, wie die anderen Alliierten diese Bestimmungen auslegen wollen und ob sie Frankreich das Recht zugestehen werden, in ihrem Namen aufzutreten, auch wenn es isoliert vorgehen will. In der französischen Presse wird behauptet, es sei ein Präzedenzfall dadurch geschaffen worden, daß Deutschland ohne weiteres den Transport englischer Verstärkungen nach Oberschlesien gestattet habe. Ob das richtig ist, können wir im Augenblick nicht nachprüfen. Es ist aber anzunehmen, daß Deutschland damals im Sinne der interalliierten Kommission in Oberschlesien gehandelt hat, denn selbst, wenn es nicht der Fall sein sollte, wenn England von sich aus den Transport seiner Truppen verlangt hat, so stand es im Ermessen der deutschen Regierung, ob sie den Durchzug sofort gestatten oder, wie jetzt in dem französischen Falle, erst Klarheit über die Bestimmungen des Friedensvertrages schaffen wollte.

Der Unterschied zwischen damals und heute ist aber noch in anderer Weise kenntlich. Die interalliierte Kommission hat in Oberschlesien gänzlich versagt, der polnische Aufstand war ihr über den Kopf gewachsen und unter den Alliierten bestand kein Zweifel darüber, daß nur durch eine Verstärkung ihrer Truppen die Ordnung in Oberschlesien wieder hergestellt werden könnte. Jetzt aber liegen die Zeugnisse der Vertreter Englands und Italiens in Oberschlesien vor, wonach eine weitere Verstärkung nicht erwünscht sei, daß jetzt nur eines nottue, die sofortige Entscheidung über Oberschlesien herbeizuführen und den daran beteiligten Ländern, Deutschland und Polen, die ihnen zugewiesenen Gebiete zu übergeben.

Aus den heutigen Ausführungen der Pariser Presse, die sicherlich von der französischen Regierung inspiriert ist, geht aber deutlich hervor, daß es sich jetzt für das Kabinett Briand nicht mehr um die Frage des Prestige der Alliierten in Oberschlesien, sondern um eine Frage des eigenen Prestige handelt. Man scheint in Paris als sicher anzunehmen, daß das Votum Englands und Italiens in der ober-schlesischen Frage Deutschland verhältnismäßig günstig sein werde und daß die hochgespannten polnischen Erwartungen, die von den französischen Nationalisten die ganze Zeit hindurch gefördert worden sind, von ihnen nicht erfüllt werden würden. So wenig die deutsche Arbeiterklasse mit der nationalistischen und imperialistischen Politik der alliierten Regierungen untereinander etwas zu tun haben will, so wenig sie auch mit der Politik der deutschen Regierung etwas zu tun haben will, wenn diese den Nationalismus bei uns zu Lande zu fördern beabsichtigt, so werden doch in diesem Falle die deutschen Arbeiter dem Truppeneinzug nach Oberschlesien aufs schärfste widersprechen müssen.

Es wäre freilich eine Selbsttäuschung, wenn die deutsche Regierung in dieser Frage auf die Uneinigkeit der Alliierten spekulieren und ihre künftige Politik darauf bauen würde. Auch aus den Äußerungen der Londoner Presse geht hervor, daß das englische Kabinett wegen der ober-schlesischen Frage die Allianz nicht auseinanderfallen lassen werde. Ueberhaupt sollte die deutsche Regierung sich nicht etwa in der Hoffnung auf eine dauernde Zuspitzung der englisch-französischen Gegensätze zu einer herausfordernden Politik Frankreich gegenüber verhalten lassen. Auch die Drohungen der französischen Presse mit der Besetzung des Ruhrgebiets darf die deutsche Regierung nicht veranlassen, in ihrer Politik andere Gründe sprechen zu lassen, als die des Rechts und der Vernunft.



# Die Berliner Notverordnung

## Die „einstweilige Stadtverordnetenversammlung“

Das Urteil des Oberverwaltungsgerichts auf Ungültigkeitserklärung der Stadtverordnetenwahl und der Wahlen der Bezirksversammlung hat für die Verwaltung der Stadtgemeinde Berlin eine recht missliche Situation geschaffen, die so schnell wie möglich behoben werden muß. Deshalb sind einmal Maßnahmen erforderlich, um die Verwaltung Berlins in geordnete Bahnen zu lenken und die Weiterführung der städtischen Geschäfte zu sichern, zum andern müssen Bestimmungen getroffen werden, um die bevorstehenden Neuwahlen zur Stadtverordnetenversammlung und zu den Bezirksversammlungen vorzubereiten und durchzuführen zu können. Für beide Zwecke sind gesetzgeberische Maßnahmen notwendig. Der preussische Landtag ist bis Ende September vertagt, er kann also im Plenum mit der Regelung der Materie nicht befaßt werden. Um aber bei Vertagungen die Möglichkeit zu haben, unausschiebbare gesetzgeberische Arbeiten in Form von Verordnungen erlassen zu können, besteht im Landtage ein Ubergangsausschuss, der notwendige Verfügungen mit der Regierung beschließt, welche das Staatsministerium verkündet.

Am kommenden Mittwoch tritt dieser Ubergangsausschuss zusammen, die zur Sicherung einer geordneten Verwaltung in der Stadtgemeinde Berlin notwendigen Maßnahmen zu treffen. Diese sind nach einem vorliegenden Entwurf folgende:

Bis die Stadtverordnetenversammlung und die Bezirksversammlung neu gewählt sind, sollen die bisherigen Vertretungen, also Stadtverordnetenversammlung und Bezirksversammlung, diesen Körperlichkeiten obliegenden Geschäfte fortführen. Infolge der Ungültigkeitserklärung ist aber ihre Tätigkeit beschränkt auf die Geschäfte, die ihnen geschäftlich regelmäßig obliegen und solche, die keinen Ausschub dulden. Die Versammlungen werden das erste Mal einberufen vom Oberbürgermeister oder seinem Stellvertreter, soweit es sich um die einstweiligen Stadtverordneten handelt, vom Bürgermeister und zwar muß, da es sich um einstweilige neue Parlamente handelt, in einer ersten Versammlung die Wahl des Vorstandes, der Schriftführer und der Beisitzer erfolgen, wenn Magistrat oder Bezirksamt den von der einstweiligen Stadtverordnetenversammlung gefassten Beschlüssen die Ausführung versagt, weil der Beschluss nicht zu den regelmäßigen Geschäften gehört oder nicht unausschiebbar ist, so entscheidet auf Antrag der Versammlung der Oberpräsident. Im Amte bleiben, bis ihre Nachfolger gewählt sind, die unbesoldeten Mitglieder des Magistrats und die in Bezirksamtern, sowie alle in städtischen Verwaltungsdeputationen und Kommissionen tätigen Mitglieder. Zwar hat der Magistrat eine solche Bestimmung bereits getroffen, aber nach dem geltenden Recht war es zweifelhaft, ob die Deputationen weiter arbeiten könnten, jedenfalls hat der Magistrat keine Befugnis rechtsverbindliche Bekanntmachungen auf diesem Gebiete zu erlassen.

Andere Bestimmungen beziehen sich auf die Wahlordnung, die bekanntlich zur Ungültigkeitserklärung der Wahl geführt hat. Man muß sagen, daß das Urteil des Oberverwaltungsgerichts zeigt, daß selbst hohe Beamte in das neue Wahlsystem sich nicht hineingefunden haben. Denn nach der Entscheidung dieses hohen Gerichts würde in Zukunft kaum eine Wahl gültig werden, da immer einzelne Wahlvorstände sich Unregelmäßigkeiten zu Schulden kommen lassen. Bei der Verhältniswahl ist es deshalb zulässig, im Einzelfalle ein einzelner Partei auf Grund eines falschen Urteils zuerkanntes Mandat einer anderen Partei zuzuwenden. Nur von diesem Gesichtspunkte aus kann sich bei der Verhältniswahl die Nachprüfung erstrecken, wie das auch das neue Gesetz durch Bestimmung der Stadtverordnetenversammlung zum Wahlprüfungsgericht vorseht.

Den Wahltermin für die neuen Wahlen überläßt die neue Verordnung dem Ministerium des Innern. Die neuen Wahllokalen berücksichtigen das Urteil des Oberverwaltungsgerichts. Es ergibt sich aus der Feststellung des Wahlergebnisses durch den Magistrat zweifellos, daß, wenn an einzelnen Stellen der Städte, Gemeinden (Wahlbezirke, Verwaltungsbezirke und Wahlkreise) eine ordnungsmäßige Wahlbehandlung verhindert worden ist, der Magistrat ermächtigt ist, ohne weiteres in kürzester Frist die Wiederholung der Wahl anzuordnen, während deren

Ergebnis bei der Feststellung des Wahlergebnisses mit zu berücksichtigen ist. Die Wiederholungswahl darf nicht später als drei Wochen nach der Wahl stattfinden.

Die wichtigste Bestimmung ist die, welche sich auf die Prüfung der Wahlen durch die Stadtverordnetenversammlung bezieht. Danach beschließt die neugewählte Stadtverordnetenversammlung über die Gültigkeit der Wahl und über die erhobenen Einsprüche. In den Beschlüssen kann nur ausgesprochen werden:

a) daß die Wahl einzelner Gewählter für ungültig zu erklären sei, weil sie wegen mangelnder Wahlbarkeit nicht gewählt werden dürften;

b) daß das Wahlergebnis zu berichtigen sei, weil infolge unzutreffender Beurteilung der Gültigkeit abgegebener Stimmen, infolge unzutreffender Feststellungen des Abstimmungsergebnisses oder infolge unzutreffender Verteilung die Wahlstimme auf die Wahlvorschläge unrichtig festgesetzt seien;

c) daß die ganze Wahl in einem oder mehreren Wahlkreisen oder Verwaltungsbezirken für ungültig zu erklären sei, weil bei der Vorbereitung oder bei der Durchführung der Wahl in ihrem Bereich erhebliche Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien.

Nur dann ist die Gesamtheit der Wahl für ungültig zu erklären (siehe c), wenn der Ungültigkeitserklärung der Wahl in Wahlkreisen die Hälfte oder mehr von der gesetzlich vorgeschriebenen Gesamtzahl der Stadtverordneten getroffen werden. Nach diesen Bestimmungen wäre es in Zukunft möglich, unter bestimmten Voraussetzungen nachzuwählen in einzelnen Bezirken zu veranlassen, wenn bei der gemeinsamen Wahl in einem Verwaltungsbezirk des Wahlbezirks, Verwaltungsbezirks oder im ganzen Wahlkreise Unregelmäßigkeiten vorgekommen sein sollten. Eine Anzahl anderer Bestimmungen beziehen sich auf die Verhandlung der Einsprüche, auf die Nachwahlen in einem Wahlkreise und auf die Verteilung der Sitze in solchem Falle.

Sind sich jedoch Juristen, wie die Herren vom Oberverwaltungsgericht es sind, müssen sie sich die Köpfe zerbrechen, wo sie an den neuen Wahlvorschriften ansetzen können. Denn ihre Entscheidung hat sich nach der Meinung weiser Kreise nicht gerichtet nach dem Recht, sondern war von politischen Gesichtspunkten diktiert. Es wird auch in Zukunft nicht anders sein. Für uns gilt es nun, den Blick nach vorwärts zu richten, sich klar zu werden, was für unsere Sache, für die gesamte Berliner Arbeiterschaft, bei den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen auf dem Spiele steht, und alle Vorbereitungen zu treffen, um klar und entscheidend ins Gesicht zu gehen.

## Die Lage in Oberschlesien

Woffis Bureau teilt mit: Aus den Kreisen Beuthen und Tarnowitz wird übereinstimmend berichtet, daß die dort eingetroffenen englischen Truppen mit allem Ernst auf die Entwaffnung der Ortschaften herangehen und auch die übrigen zur Wiederherstellung der Sicherheit erlassenen Verordnungen der Interalliierten Kommission durchführen werden. Die Entwaffnung erfolgt in der Art, daß die einzelnen Ortschaften von englischen Truppen umstellt werden und die Durchsuchungen hierauf von Haus zu Haus erfolgen. Die Sicherheit in den so von Grund aus passivierten Gemeinden wird von Tag zu Tag besser, so daß die in die Stadt entflohenen Deutschen ohne Gefahr für Leib und Leben in jene Orte zurückkehren können. Auf dem Bahnhof in Kattowitz haben englische Truppen die Wache übernommen und führen auch hier eine scharfe Kontrolle. So sehr das energische und anständige Vorgehen der Engländer begrüßt werden muß, kann doch kein Zweifel darüber bestehen, daß die Engländer allein die Zurückführung Oberschlesiens zur vollkommenen Sicherheit nicht durchzuführen vermögen. In dem ganzen von den Franzosen besetzten Gebiet von Laurahütte und Kattowitz bis Myslowitz steht die polnische Grenze noch vollkommen offen. An den verschiedensten Grenzübergängen verkehrt polnische Kpobeamte den sogenannten Sicherheitsdienst, das heißt, sie lassen die Polen herein und hinaus, kurz, die ganze Lage ist hier dieselbe, wenn nicht noch schlimmer als vor dem Ausbruch des letzten Aufstandes. In den Orten der französischen Kreise herrschen vollkommen die in den verschiedensten Verleibungen gehenden polnischen Bewaffneten. Überall bestehen noch die polnischen Ortswehren. Nirgends werden die von der Interalliierten

Dann steht noch eine Kommode darin, ein Büffel, ein Tisch und vier Stühle, viel weißes Möbel für den kleinen Raum.

Das Nest macht einen trüben Eindruck, wenn der Vogel ausgeflogen ist. Sobald aber Martha hereintrifft, fängt die ganze Manufaktur an zu lächeln. Sie ist die Seele dieser kleinen Welt. Wenn sie lacht, kommt die Sonne herein, und wenn sie weint, verschwindet sie wieder.

Martha hat sich an ihren kleinen Tisch gesetzt und beginnt zu nähen. Sie singt bei der Arbeit, und die Sperrlinge auf dem Dache stimmen in den Reiz mit ein.

Sie beißt sich mit der Arbeit, denn sie weiß, daß sie ermartet wird, morgen soll sie auf den schattigen Hügeln von Verrières herumklettern.

Also — wenn ich denn alles verraten soll: Ihr Herz hat gesprochen, und sie hat sehr gut verstanden, was es ihr sagte. Vor zwei Monaten hat sie seiner Stimme gehorcht; sie ist nicht mehr allein auf der Welt, sie hat einen braven Burshen kennengelernt. Und weil sie ein gutes Mädel ist, liebt sie ihn und läßt sich von ihm lieben.

Da, mit ihrer fertigen Arbeit in der Hand, eilt sie die Strohen entlang. Leichtfüßig hüpfet sie über den Rinnseln, und man kann ihre zierlichen Knöchel sehen. Red und doch schüchtern geht sie dahin, ganz wie die Sperrlinge im Luxemburg. Sie ist der behende Vogel des Pariser Pflasters, das ihr Vaterland ist. Nirgend wo anders sieht man dieses freundliche Lächeln, dieses sichere Benehmen und diese angeordnete Eleganz.

Und wie schön ist es am nächsten Morgen im Gehälg von Verrières. Blumen und Erdbeeren und weite grüne Grasflächen und schattige Gebüsche. Und Martha sammelt Rosen für die ganze Woche. Sie beraucht sich an Luft und Freiheit und ist beim Anblick des blauen Himmels und der grünbesäumten Bäume zu Tränen gerührt. Und kehrt sie abends mit einem Heberbusch in der Hand nach Hause zurück, so ist ihr Herz voller Mut und voller Liebe.

So teilt sie ihr Leben zwischen Arbeit und Liebe. Sie kann ihr Brot selbst verdienen und sich dem schenken, den sie liebt.

Wer hätte wohl den Mut, diesem einfachen Geschöpf daraus einen Vorwurf zu machen; es gibt mehr, als es empfängt.

Über ihrem Leben liegt die Würde wahrer Leidenschaft und die große Sittlichkeit unaussprechlicher Arbeit.

Singe nur zu, du Verste unserer Jugend, singe für uns, wie du für unsere Väter gesungen hast und wie du für unsere Söhne singen wirst! Du bist unsterblich, denn du bist die Jugend und die Liebe.

Entschließung des 1. Kongresses für Moralspädagogik. Der 500 Teilnehmer zählende 1. Deutsche Kongress für Moralspädagogik, der in Leipzig vom 30. 1. bis 1. 4. getagt hat, fordert die deutschen Landesregierungen auf, die Organisation der sittlichen Erziehung und Unterweisung im Sinne des Art. 148 der deutschen Reichs-

Kommission beschlossenen parlamentarischen Gemeinbewachen durchgeführt. Die wichtigsten, unmittelbar vom Industrie-Gebiet nach Polen führenden Kreise sind in französischer Hand.

## Die Streiffut in Polen

DE. Warschau, 22. Juli.

Die Nachwirkungen des ober-schlesischen Aufstandes und der Balutakatastrophe machen sich in einer neuen Hochflut innerer Unruhen geltend. Die gesamte Lodzer Textilindustrie liegt seit zehn Tagen still, ebenso die Textilfabriken in Tomaszow, Zyrardow und anderen wichtigen Industriezentren; die Presse kündigt ferner einen Streik in der Metallindustrie an. In den Straßeneden Warschaws sind Unruhen ausgebrochen, die zu einem Gesamtstreik der chemischen Industrie auffordern. Auch im Kohlenindustriegebiet herrschen Unruhen; es ist zu Ausschreitungen der Arbeiter gegen Beamte gekommen. Die Beamtenschaft hat daraufhin einen bisher ergebnislosen Schritt des polnischen Bergwerks-Zentralverbandes beim Ministeriat veranlaßt. Die ober-schlesischen Insurgententruppen, die bewaffnet über die Grenze gekommen sind, und namentlich ihre Truppen auf polnischen Gebiet fortziehen, stellen eine wahre Landplage dar. Küher den Wälderungen und Tumulten in Polen und Hohenstaufen sind von den Insurgenten, nach einer Meldung des sozialistischen „Robotnik“, in verschiedenen Orten Zadenpogrome verübt worden.

## Die Reparation

Paris, 24. Juli.

Auf eine Anfrage, ob durch die direkten Verhandlungen zwischen der französischen und der deutschen Regierung über die Sachleistungenungen nicht die Reparationskommission umgangen werde, erklärte Ministerpräsident Briand, er sehe nicht auf dem Standpunkt, daß die Verhandlungen so gedeutet werden könnten, denn sie hätten nur den Zweck, die Modalitäten für die Lieferungen in natura und die Zahlungsart genau zu bestimmen. Die französischen Delegierten bei der Reparationskommission würden täglich über die Verhandlungen auf dem Laufenden gehalten. Uebrigens erklärte Ministerpräsident Briand es für unrichtig, daß Deutschland ermächtigt worden sei, durch Sachleistungen fünf Achteil der fälligen Summen zu bezahlen, und daß in Deutschland Lokomotiven und Waggons auf Konto Reparationen bestellt worden seien.

## Das hungernde Rußland

Washington, 24. Juli.

Auf den kürzlichen Aufruf Maxim Gorkis zur Hilfeleistung für die hungernden Millionen in Rußland hat Hoover an Gorki telegraphiert: Die unerlässliche Vorbedingung für jeglichen Beistand sei die sofortige Freilassung der noch in Rußland gefangengehaltenen Amerikaner.

Sozialdemokratischer Parteitag Württembergs. Der Landesverband der Sozialdemokratischen Partei Württemberg-Hohenzollern hat beschlossen, in diesem Jahre den Landesparteitag am Sonnabend, den 17. und Sonntag, den 18. September ins Gewerkschaftshaus nach Stuttgart einzuberufen.

Industrieernte in Württemberg. Die aus Württemberg-Ost ausgemeldet wird, herrscht dort eine harte Industrieernte. Die Württemberger Eisenwerke haben sich infolge dessen genötigt gesehen, fünfzehnhundert Arbeiter zu entlassen. Die Chemische Industrieaktiengesellschaft in Odenkirk hat nur dadurch die Schließung ihres Betriebes vermeiden können, daß einer nach Prag entsandten Abordnung der Arbeiterschaft und der Betriebsleitung hunderttausend Arbeiter zugesichert wurden.

Die Kommunikation in Jugoslawien. Aus Belgrad wird gemeldet, daß der Justizminister im Ministerrat vorgeschlagen werde, die kommunistischen Abgeordneten den Gerichten auszuliefern, weil sie ihre Immunität zur Aufweicung und Organisierung von terroristischen Vereinigungen mißbraucht hätten.

Menschenunterdrückung. Die „Times“ meldet, daß Haftbefehle gegen den Gouverneur von Illinois, den Abgeordneten und den Bankier Curtis wegen Unterdrückungen von Staatsgeheimnissen im Betrage von 3,2 Millionen Dollar ausgestellt worden sind.

## Liebe unterm Dach

Skizze von Emile Jola

Deutsch von Hans Jersch.

Die vergrämten alten Leute ärgern sich darüber, daß sie nicht mehr jung sind, und deswegen behaupten sie immer, die Rosen ihrer Zeit seien verwelkt und für uns nur noch die Dornen geblieben. Mit einer gewissen Schadenfreude sagen sie der jungen Generation: „Die Grisetten stirbt aus. Es gibt keine Grisetten mehr.“

Aber ich sage euch: Sie lügen, Liebe und Arbeit können nicht aussterben, die lustigen Manjardenvögel fliegen nicht davon.

Ich kenne solch einen Vogel.

Martha ist zwanzig Jahre alt. Eines schönen Tages stand sie ganz allein in der Welt da. Sie war Großstadtkind und hatte die Wahl zwischen einem Fingerhut und Schmutzfachen. Sie griff nach dem Fingerhut und ist Grisetten geworden.

Ein sehr einfaches Handwerk. Ein Herz und eine Nähnadel braucht man dazu. Man muß möglichst viel Nähen und möglichst viel arbeiten. Die Arbeit muß die Liebe reizen, und die fleißigen Finger sichern dem Herzen ihre Unabhängigkeit.

So nahm denn Martha am Morgen ihres Lebens den Kopf zwischen die Hände und fing tapfer an, über die ernstesten Fragen nachzudenken. „Ich bin jung und hübsch, und es hängt einzig und allein von mir ab, ob ich feidene Kleider, Spitzen und Schmutzfachen tragen will. Ich könnte ein großartiges Leben führen, die ausgefeiltesten Speisen essen, immer nur im Wagen ausfahren und den lieben langen Tag faulenzeln. Aber hätte ich dann alle Tränen ausgeweint und allen Ekel überwunden, so würde ich eines schönen Tages in der Gasse erwachen und mein eigenes Herz jammern hören. Lieber will ich mich jetzt schon von ihm leiten lassen und nur einfache Naturkleider tragen, und wenn ich dasche und nähe, so will ich auf das hören, was mein Herz mir sagt. Ich will frei sein und es nur verschonen, wenn ich wirklich liebe.“

So trat das hübsche Kind in die Republik der tapferen Mädchen ein, die arbeiten und lieben. Sie bewohnte ein kleines Manjardenzimmer voller Sonnenschein — das Nest, das die Dichter so oft bejungen haben. Der einzige Luxus ihrer Wohnung ist Sauberkeit und unerschöpflicher Frohsinn. Alles ist weiß und hell. Selbst die alten Möbel sehen jünger aus. Ihr Bett ist schmal und weich wie das einer Klosterklosterin, nur ein kleiner Amor aus vergoldetem Gips schwebt über dem Kopfende. Ueber dem Bett steht eine Büste von Betangeter, dem Dichter der Manjarden. An den Wänden hängen Lithographien, gelbe und blaue Papageien, Kupferstiche aus dem Voyage de Dumont-d'Urville, und auf einer Etage steht ein Unzahl von Porzellanfiguren und Gläsern, die sie auf den Jahrmärkten gewonnen hat.

verfassung unverzüglich in die Wege zu leiten. Unabhängig von funktioneller Bindung müssen die Schüler aller Schulgattungen nach den Grundfäden der wissenschaftlichen Ethik durch Gewöhnung, durch persönliche und soziale Willensbildung und durch Anleitung zu sittlicher Befahrung und Einsatz herangebildet werden zu kritischen Persönlichkeiten. Für die ethische Unterweisung, die sich von unten heraus an die Vorfälle des Lebens und die übrigen Unterrichtsgebiete anzuschließen hat, sind auf der Oberstufe besondere Stunden bereitzustellen, die auch dem Zwecke ordnender und vertiefender Zusammenfassung dienen. Ueberdies ist durch eine wissenschaftlich-objektive Darstellung der Religionsgeschichte den Kindern das allgemeine religiöse Kulturgut zu überliefern. Der Kongress erblüht in der neutralen von Konfessionen und Weltanschauungen unberührten allein nach pädagogisch-psychologischen Grundfäden aufgedauten weltlichen Schule diejenige Schulkultur, die allein geeignet ist, die so dringend notwendige geistige und soziale Einheit des deutschen Volkes zu fördern.

Zur näheren Orientierung über die weltliche Schule dient die Rundschau Nr. 1 des Gaubundes Thüringen der Freien Lehrergewerkschaft Deutschlands, zu beziehen durch Arthur Göpel, Jella-Mehlis (Thüringen), Anpferstraße 31. Bezie 1 Stück 1 M. und Versandkosten, 10 Stück 10 M. portofrei, 100 Stück 80 M. und Versandkosten.

Tuberkulose-Bekämpfung der Robert-Koch-Stiftung. Aus dem Bericht der diesjährigen Jahresversammlung der Robert-Koch-Stiftung zur Bekämpfung der Tuberkulose, den der Sekretär, Geh. Rat Schwalbe, erstattete, geht hervor, daß im letzten Jahr mehr als 57 000 Ract an Unterweisungen für wissenschaftliche Arbeiten bewilligt wurden, außerdem 5000 Ract für die von der Stiftung angelegten Preisaufgaben. Für das nächste Jahr stehen etwa 100 000 Ract zur Verfügung. An Stelle des verstorbenen Geh. Rats von Waldener-Harz wurde Geh. Rat F. Müller-München als Vertreter des Reichsausschusses für das ärztliche Fortbildungswesen gewählt.

Erdichtung eines Naphaels für Berlin. Das Kupferstich-Labirett der Berliner Museen hat ein solitäres Geldstück erhalten, eine Handzeichnung Naphaels, den Marienlopf für das Rundbild der sogenannten Madonna del Duca di Terranova, das sich übrigens auch in Berlin, im Kaiser-Friedrich-Museum, befindet.

Das zweite Volkshörsaal-Haus. Zwischen der Großen Volksooper Berlin und der Volkshöhne G.B. ist ein Abkommen getroffen worden, wonach die Große Volksooper Berlin der Volkshöhne zu dem bereits in Angriff genommenen Ausbau des alten Krollischen Theaters ein verzinsliches Darlehen von 2 Millionen Mark gibt, wogegen die Volkshöhne zu den Opernvorstellungen der Staatsooper bei Kroll den Anteil zu zahlen und der Großen Volksooper Berlin feste Stammplätze mit bedeutender Ermäßigung überläßt.

Wittener-Orchester. Das nächste Sinfoniekonzert findet Mittwoch, 8. Okt. in den Germania-Sälen, unter Leitung von Theodor Klingsberg, statt. Karten bei Kroll, Opernstr. 15, Orchesterbureau Kuppstr. 7, „Preisler“, Breite 64. und Krollstr.



# Die Geheimnisse der Schloßfaserne

In der Charlottenburger Schloßfaserne hat sich seit Sommer 1919 eine Polizeitruppe niedergelassen, die den Namen ZBV I (Hunderterschaft zur besonderen Verwendung) trägt. Diese Hundertschaft ist aus der früheren Kraftfahrerkasse Kessel hervorgegangen, die Anfang 1919 im Moabiter Kriminalgericht hauste und als besondere Elitegruppe nicht nur das Ansehen Kessels, sondern auch das Vertrauen des rechtssozialistischen Polizeiministers Heine genoss. Unter Kessels Leitung besaß diese Abteilung lediglich mit Lockspiegeln und Verhüllungen; ein Heer von Achtgroßbüchsen trieb Kesse die Opfer zu, gegen die er dann seine Schützlinge ausstellte. Der Abteilung Kessel gehörte u. a. auch Karlos und seine Schar an. Der Offiziersleiter Tamisch, der Dorenbach und Joghies auf der Flucht erschoss und dann zum Leutnant befördert wurde, war ebenfalls Mitglied dieser Hundertschaft. Die Flucht Karlos und Bogels war das Werk dieser Abteilung, der für derartige Zwecke alle Hilfsmittel zur Verfügung standen. Später kam die Abteilung nach Charlottenburg in die Schloßfaserne. Dort wurde sie bald zu einer Zentralverbindungsstelle der Kappisten; alle Vorbereitungen für den Kapp-Putsch wurden in enger Zusammenarbeit mit dieser Hundertschaft getroffen. Vor einigen Wochen wurde nun gemeldet, daß der Oberwachmeister Buchholz dieser Hundertschaft Selbstmord begangen habe. Diese Meldung war unwahr. Buchholz ist in Wirklichkeit noch lebend und ermordet worden, weil man durch ihn eine Aufdeckung der Verbrechen und Vergehen der ZBV fürchtete. Jetzt gehen nun der Öffentlichkeit über diese Hundertschaft Nachrichten zu, die weit über Berlin hinaus Aufsehen erregen müssen. Wir lassen die Tatsachen sprechen:

Im Laufe des Sommers 1920 wurde in der Hundertschaft der Bund der Ringmannen gegründet. Führer dieses Bundes war Hauptmann Stennes, ein Wachmeister Simon leitete Schießübungen. Durch ihn wurden zuverlässige Beamte gesteckt, ob sie einen größeren Schlag, der viel einbringen würde, mitmachen wollten. Die Verbindungen des Herrn Stennes reichten sehr weit. Der größte Teil des Offiziers des Berliner Kommandos sei daran beteiligt, und wer sich dieser Bewegung anschloß,

## Könnte eine gute Stellung bekommen.

Die Mitglieder wurden verpflichtet, alles geheim zu halten. Es fanden wiederholt heimliche Zusammenkünfte statt, dabei wurde u. a. beschlossen, die kritische Zeit der Waffenablieferung zu einem Schlag auszunutzen. Ende August 1920 waren etwa 50 bis 60 Beamte der ZBV Mitglieder des Bundes der Ringmannen. Sämtliche Offiziere der ZBV gehörten dem Bund der Ringmannen an, z. B.: Hauptmann Stennes, Oberleutnant Kattinger, Leutnant Malwitz, Leutnant Sediren, Leutnant Willendörner, die Hauptwachmeister Lehmann und Müller, die Zugwachmeister Meyer und Juch, die Oberwachmeister Ross, Kieselbach, Joppenfeld, Göbel, Martin, Gruner, Röhl, Wolff, die Wachmeister Ladebeck, Claus, Brauer, Pöller, Simon, Jasse (genannt Heide), von Schmehling-Darlinghofen, Galovius, die ganze Stufe 50 u. a.

Als die Waffenabgabe erfolgen sollte, wurde die überzählige Munition (M. G., Flammenwerfer und einige Kanonen) in der Kaserne versteckt. In einem Bodenraum wurden allein 100 000 Schuß Munition unter Holzbohlen vergraben. Auch die Seiten dienten als Versteck. (Ein Beamter hat längere Zeit auf 8000 Schuß Infanteriemunition geschaut.) Auch Maschinen-gewehre und Flammenwerfer wurden in verlegten Zuständen unter den Seiten verborgen, die schweren Maschinengewehre und die Federkanonen fanden unter dem Fußboden Platz. Als über diese Vorgänge dem Berliner Polizeipräsidenten Mitteilung gemacht wurde, sollte die Schloßfaserne am 28. November 1920 nach Walle durchsucht werden. Die Hundertschaft wurde von diesem Befehl rechtzeitig gewarnt, daraufhin wurden unter Anleitung des Hauptmanns Stennes die Waffen in neue Verstecke gebracht, teilweise in Privatwohnungen, ein großer Posten ging nach Potsdam und wurde dort in einem Wald vergraben.

Am 29. November früh 9 Uhr erschienen dann mehrere Autos. Der Kommandeur der Berliner Polizei, Herr Oberst Rau-

pisch, verschiedene Oberbeamte des Berliner Kommandos und etwa 50 Kriminalbeamte wollten die Durchsuchung der Kaserne vornehmen. Das führte zu einer regelrechten Pleziere. Die Wachen wollten sich nicht ablösen lassen. Der Oberwachmeister Kieselbach gab sogar den Befehl:

## „Laden und schießen!“

Als Oberst Raupisch die Mannschaften versammeln ließ, um eine Ansprache an sie zu halten, waren die meisten nicht zugegen, da sie sich auf Befehl ihrer Vorgesetzten vertrieben hatten. Die Frage nach vertriebenen Wachen wurde verneint und Herr Oberst Raupisch geradewegs überfallig behandelt.

Am Abend ließ dann Hauptmann Stennes die Hundertschaft versammeln; es sollte „Gericht“ über die Verräter gehalten werden. Der Oberwachmeister Kieselbach äußerte dabei: „Käufliche Verräter haben wir bereits, die werden einmal beim Diebstahl abhandeln kommen.“ Hauptwachmeister Müller stellte sich mit geladener Pistole vor einem verdächtigen Beamten und sagte: „Wenn Schulte unter uns sind, die nicht mitmachen wollen, dann sollen sie gehen oder —“ Bewegung mit dem Revolver. Später hielt Hauptmann Stennes eine Ansprache: Es sei eine Gemeinheit gewesen, die Hundertschaft zu verraten, die Denunzianten würden schon ermittelt werden, er hätte sich aber gefreut, daß die Hundertschaft während der Anwesenheit des Obersten Raupisch so gut zu ihm gestanden hätte.

Während der Nacht spielten sich dann in der Kaserne verschiedene Schicksale ab. Als am anderen Morgen Bernehmungen stattfinden sollten, erklärte ein Beamter, er könne die Wachen nicht lassen, da für ihn Lebensgefahr bestehe. Dieser Einwand wurde von der Untersuchungskommission anerkannt. Die weiteren Untersuchungen verliefen resultatlos, da alle Versuche, die Wahrheit zu ermitteln, von den Offizieren der Hundertschaft durchstrahlt wurden. Zur Ermittlung der Verräter in der Hundertschaft tagten dann wiederholt

## so genannte Ehrengerichte.

Einige Tage später wollte man dann die Verräter gefundene haben, der Hauptwachmeister nannte die Beamten Jasperst und Kummert. Es wurde nun wieder ein Ehrengericht zusammen-gesetzt, das feststellen sollte, ob die Angeklagten aus böser Absicht oder aus Unmenschlichkeit gehandelt hätten. Als einige Beamte beschuldigt wurden über die Hundertschaft zu lügen, sprach sich das „Gericht“ dahin aus, daß Jährst zum Zwecke der Entlassung der Hundertschaft einen Meineid schwören müßte. Für die Hundertschaft bestand nun einige Zeit die Gefahr, aufgelöst zu werden. Hauptmann Stennes hielt aus diesem Anlaß eine Ansprache und fragte, wer von den Beamten ihm folgen wolle, wenn die Hundertschaft gesprengt werden sollte. Stennes versprach, jeden Beamten unterzubringen bis zu der Zeit, wo die Hundertschaft wieder als

## erste Stütze einer neuen Regierung in Berlin einmarschieren

würde. Die sich meldenden Beamten wurden in Listen eingetragen. Hauptmann Stennes äußerte aber später, man brauche sich jetzt über die Auflösung keine Gedanken zu machen, einen solchen Befehl wagt keiner zu unterschreiben. Die Waffenvorschiebungen nahmen mittlerweile ihren Fortgang, alle Beamten, die unzuverlässig erschienen, wurden verhaftet. Als Anfang dieses Monats sich ein Beamter bei der Justizabteilung des Berliner Kommandos nach dem Ergebnis der Untersuchung gegen die Hundertschaft erkundigte, wurde ihm mitgeteilt, daß das Verfahren von der Staatsanwaltschaft niedergeschlagen worden sei.

Das Berliner Kommando ist davon unterrichtet, daß die Untersuchung wegen der Vorgänge in der Hundertschaft resultatlos verlaufen muß, da die Zeugen erst dann wahrheitsgemäße Aussagen machen können, wenn sie von dem auf ihnen lastenden Druck befreit sind. Solange sie unter dem Zwang und der ständigen Bedrohung zu leben und Gesundheit sehen, sind wahrheitsgemäße Angaben nicht zu erwarten.

Soweit der uns zugegangene Bericht, den wir in seinen wesentlichen Teilen auszugswise wiedergegeben haben. Wir warten jetzt auf eine Darstellung des Sachverhalts durch die zuständige Behörde und werden dann das Weitere über diesen Fall der Öffentlichkeit übergeben. Für heute stellen wir jedoch schon fest, daß, wenn jemals in Deutschland eine Räteregierung existiert hat, diese Zentrale nur den Namen ZBV I tragen kann.

wider Gesetz und Recht. Die Höhe der Ablieferung ist so gering festgesetzt worden, daß sie auch bei schlechtestem Ernteausfall erfüllt werden kann. Jede Milderung aber bringt das ganze System zum Zusammenbruch und damit die Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung. Unheimlich aber sehen es gewisse amtliche Kreise gar nicht ungern, wenn die Bevölkerung Brot und Mehl nicht erhält und sich jetzt bereits an den Brotpreis von 14 bis 15 Mark „gewöhnt“!

## In der eigenen Schlinge

Wie bekannt, hatte die U. A. P. D. auf ihrem Bezirkstag für Rheinland-Westfalen die sofortige Entfernung des Redakteurs Schöffers von der „Bergischen Volksstimme“ verlangt, weil dieser an der Zentrale Kritik geübt hatte. Schöffers ist aber nach wie vor Redakteur dieses Blattes und denkt gar nicht an seinen Abschied, da ihn der Vorstand der Verlagsgenossenschaft und die Unterbezirksleitung Remscheid zur weiteren Tätigkeit aufgefördert haben. Außerdem hat eine Funktionärskonferenz des Unterbezirks Remscheid — Lennep — Reimann — Gummersbach ein Vertrauensvotum für Schöffers gefaßt.

In einem langen Artikel wehrt sich nun Schöffers gegen die in der „Roten Tribüne“, dem Elberfelder Kopfbblatt der „Bergischen Volksstimme“, erhobenen Angriffe und meint, daß nur in Unter-Offizierskreisen die Aufkündigung Platz greifen könne, man dürfe überhaupt keine Kritik an der Zentrale üben. Schöffers läßt sich hören:

„Das ist eine eigenartige Betrachtungsweise. Wir sind der Meinung, daß es die Zentrale und unser Zentralorgan lächerlich machen hieße, wenn man einen Redakteur seines Postens entsetzt, weil er gegen diese Instanzen nicht die richtige Form innehielt. Das würde ja sehr erheblich nach Majestätsbeleidigung riechen, und wir finden eine solche Denkweise in einer Redaktionsstube sehr bedenklich.“

Schöffers kennt offenbar die Moskauer Bedingungen sehr schlecht, sonst würde er über die Aufkündigung seiner Elberfelder Parteifreunde nicht so erstaunt sein. In der Tat verstoßen diese Bedingungen jede Kritik an der Zentrale, und Schöffers zapfelt nur in der Schlinge, die er sich selbst um den Hals gelegt hat, als er die 21 Bedingungen annahm.

Kalbfleischkämpfe. Zwischen Neocastrada und Gassfortino wurden etwa fünfzig Kalbfleisch von Kommunisten aus dem Hinterhalt angegriffen. Ein Kalbfleisch fiel. Die Kalbfleisch verlor den Kommunisten, wobei es noch weitere Tote gab. Einige Häuser von Kommunisten wurden niedergebrannt.

Ein Perleffage. Zu dem Anschlag auf den polnischen Staatspräsidenten melden die polnischen Blätter: Man ist einem U. A. P. D. Komplott, dessen Beginn die Ermordung des Staatschefs sein sollte, auf die Spur gekommen und hat bereits eine große Anzahl von Verhaftungen vorgenommen. Nur weiß man noch nicht, ob es sich um einen Anschlag von rechts, von nationaldemokratischer oder von kommunistischer Seite handelt.

## Groß-Berlin

### Zur Naturgeschichte der Zelle

Wenn wir einen Naturforscher fragen würden, wie viele verschiedene Arten von Zellen es gibt, so würde er uns sicher eine ganze Reihe aufzählen können. Indes würde dabei eine Sorte von Zellen fehlen, die man gestern wieder im Walde bei Rüpenick beobachten konnte: nämlich die kommunistischen Zellen. Der 16. Verwaltungsbezirk feiert gestern unter lebhafter Beteiligung der Parteigenossen und der Sozialistischen Proletariatsjugend sein Waldfest, dessen harmonischen Verlauf nicht einmal die anwesende kommunistische Zelle stören konnte.

Trotzdem müssen wir zur Naturgeschichte der kommunistischen Zelle mitteilen, daß sie sich neben politischen Versammlungen und öffentlichen Kundgebungen nunmehr auch die Feste der U. A. P. zum Betätigungsfeld gewählt hat. Eine größere Gruppe von Kommunisten verschiedener Geschlechts und verschiedenen Alters hatte sich auf dem Festplatz niedergelassen und war wohl der Meinung, durch ihre bloße Anwesenheit und durch das Beispiel eines besonders revolutionären Verhaltens die Ionierrevolutionäre U. A. P. bekämpfen zu können.

Man merke die Unfähigkeit der Kommunisten und beachte sie deshalb gar nicht, obwohl sie nach Art der Tibetanten, die Hundenslang zu dem Knarren der Gebetsmühle ihrer monotonen Gesänge herunterleiern, im Tempo eines Tsauermarktes fortgesetzt die „Internationale“ plärren. So anwesend dieses Lied bei besonderen Veranstaltungen, von einer großen Menge begeistert gesungen, wirken kann, so sehr verliert es seine Kraft, wenn es bei jeder Gelegenheit gesungen wird.

Auf dem Stadtbahnhof Rüpenick erreichte ich gestern ein Arbeiter mit Recht darüber, daß ein Bourgeois seinen fünfjährigen Jungen zum äußeren Zeichen der väterlichen Gesinnung ein Hakenkreuz angeheftet hatte. Man, auch bei den Kindern der Kommunisten war dasselbe zu sehen, nur daß an Stelle des Hakenkreuzes der beliebte Sowjetstern trat. ....

### Altenraub bei einem russischen Reaktionär

Ein Raubüberfall, dessen Veranlassung politische Motive sind, ist am Sonnabendabend in Charlottenburg verübt worden. Eine lebensfähige Bande drang in die Wohnung des ehemaligen russischen Oberst Freyberg ein und raubte mit Waffengewalt in der Anwesenheit von dessen Frau und des russischen Kapitän Bulgen sämtliche vorhandenen Schriftstücke.

Oberst Freyberg befand sich am Sonnabendabend nicht zu Hause. In der Wohnung waren nur seine Frau und ein Bekannter, der russische Kapitän Bulgen, zurückgeblieben. Um 10 Uhr abends klopfte es plötzlich an die Tür. Herein traten drei Männer, die angaben, im Auftrag der Polizei zu kommen, um eine Durchsuchung nach wichtigen Papieren vorzunehmen. Als sie erfuhr, daß Freyberg abwesend war, was sie wahrscheinlich aber vorher genau gewußt hätten, richteten sie an Kapitän Bulgen das Gejuch, sie in ein anderes Zimmer zu führen. Dort zwangen sie ihn unter Vorhaltung eines Revolvers, sich mit dem Gesicht nach der Wand zu stellen und die Hände zu heften und sich nicht von der Stelle zu rühren. Die Wache hielt einer der Räuber fortwährend so dicht an den Rücken, daß der Kapitän den Laut hörte. In dem anderen Zimmer nahmen unterdessen die beiden anderen Männer, von denen sich der eine für einen Polizeikommissar Pamm ausgab, der andere als Dolmetsch figurierte, die „Amtshandlung“ vor. Diese bestand darin, daß Frau Freyberg unter Drohungen gezwungen wurde, die Schlüssel zum Schreibisch und zu anderen Behältnissen herauszugeben, die dann von dem „Herrn Kommissar“ eingehend durchsucht wurden. Alle Papiere, Aktenstücke, Briefe usw. wurden zusammengepackt und mitgenommen, darunter auch zwei Briefe, die am Abend eingetroffen, von dem Oberst aber noch nicht geöffnet worden waren, und einen halberstigen Brief, mit dessen Ablesung Frau Freyberg gerade beim Erscheinen der Räuber beschäftigt war. Als alle Papiere „beschlagnahmt“ waren, wurden Frau Freyberg und der Kapitän Bulgen aufgefordert, mit auf die Straße zu kommen. Vorher hatte der „Herr Kommissar“ einen Altenbogen

## Ein neues Stinnesmärchen

Die von Stinnes ausgeschaltene „Telegraphen-Union“ verbreitet folgendes irrsinnige Märchen:

„In Düsseldorf, Köln, Breslau, Briesg usw. wurden Personen verhaftet, die in ihren Aussagen, die durch das teilweise beschlagnahmte Material bestätigt wurden, zugaben, daß in den nächsten Monaten ein neuer Linksputsch geplant sei und zwar mit französischer Unterstützung aus Geld und Waffen. Ein Kommunist, der sich als Gold- und Silberwarenhändler aus Düsseldorf ausgab, hat in Breslau nach seiner Verhaftung in seinem Geständnis offen zum Ausdruck gebracht, daß er zwar nun unschuldig gemacht sei, daß aber an seiner Stelle zahllose „Mitstreiter“ seine Ideen weiter verfolgen werden. Frankreich hilft uns, in Deutschland mit Geld und mit Waffen dem Kommunismus zum Siege zu verhelfen.“ Auf mehrere Fragen, warum Frankreich oder auch nur französische Kreise ein Interesse an der Ausbreitung bzw. dem Siege des Kommunismus in Deutschland haben sollten, antwortete er, Frankreich habe ein sehr großes Interesse daran, eine neue Erschütterung in Deutschland herbeizuführen, da der Haß gegen Frankreich infolge der überschüsslichen Vorgänge usw. bedenklich gestiegen sei und die Reaktion sehr an Macht gewonnen habe. Diese zu bekämpfen und zu hemmen, daran sei französischen Kreisen sehr gelegen. Der Herz der neuen Organisation für einen neuen Linksputsch befindet sich im besetzten Rheinland. (Seit wann liegen Breslau und Briesg im Rheinland? Red. d. Fr.) Die Vorbereitungen werden sehr eifrig betrieben.“

Da im Rheinland die Hitze viel größer ist, als in Berlin, so scheint sie auch weit verhängnisvollere Wirkungen auf den Geist der Kalle des Herrn Stinnes ausgeübt zu haben. Daß die Kommunisten nicht an einen Putsch denken, weiß jeder, denn die Hitze die Möglichkeit zur klaren Urteilsbildung noch nicht genommen hat. Daß aber die Goldschreiber des Herrn Stinnes besonders an eine französische Unterstützung der Kommunisten und an deren Geneigtheit sie zu nehmen, glauben, ist nicht erspännlich. Da ihr Herz und Meißel mehrmals die enge Verbindung mit dem französischen Kapital angeknüpft hat, so glauben sie natürlich, daß auch andere Leute genau so vaterlandsfremdlich sind, wie dieser.

## Ein notwendiger Antrag

### Jedem Mann einen Orden.

Der Bundestag der Inoffiziellen-Kriegsteilnehmer stellt auf seiner Bundestagung den Antrag, die Reichsregierung zu ersuchen, für sämtliche Kriegsteilnehmer am Weltkrieg 1914/18 ein Kriegsehrenzeichen zu stiften. Falls die Kosten hierfür zu

hoch sein sollten, wird die Reichsregierung gebeten, lediglich die Ausstellung der Bescheinigung zu veranlassen und die Anschaffung nach bekanntgegebenen Kriterien jedem einzelnen Beteiligten anheimzugeben. Dieser Antrag soll nicht nur dem Wunsch der Bundesmitglieder entsprechen, die Herrschaften sind vielmehr der Meinung, damit eine ununterbrochene Schmachttätigkeit der Kriegsteilnehmer zu erfüllen.

Der Notwendigkeit dieses Antrages wird sich niemand verweigern können. Vielleicht empfindet es sich, den Artikel der Reichsregierung, der dem Ordenantrag ein Ende machen soll, dahin umzuändern, daß zur deutschen Staatsangehörigkeit der Besitz von mindestens einem Orden gehört.

## Sabotage der Brotgetreideversorgung

Auch die rheinischen Landwirte wollen nicht liefern.

Aus Bonn wird gemeldet:

Die Getreideumlage für die Rheinprovinz hat wegen ihrer Höhe in der rheinischen Landwirtschaft harten Widerspruch hervorgerufen, da die Erwartungen, die an dieses System in bezug auf den Abbau der Zwangswirtschaft geknüpft wurden, enttäuscht wurden. Dazu kommt noch, daß die Dürre der letzten Wochen die rheinische Ernte gemindert geschädigt hat. Nach mehreren Verhandlungen mit den maßgebenden Berliner Stellen wurde in den letzten Tagen unter Führung der Landwirtschaftskammer eine Besichtigungstour durch die Provinz vorgenommen, an der auch der preussische Staatskommissar für Volksernährung teilnahm. Die Reise bestätigte die gegohenen Befürchtungen. Auch der Herr Staatskommissar habe anerkennen müssen, daß die Rheinlande von einer Misere heimgesucht sind, und daß die Umlege in der vorliegenden Höhe nicht geteilt werden könne. Leider war er nicht in der Lage, eine entsprechende Änderung vorzunehmen. Die Vertreter aller Landwirtschaftsorganisationen erklärten sich bereit, dafür sorgen zu wollen, daß Brotgetreide bis höchstens zwei Zentner pro Morgen Brotgetreidefläche abgefördert wird. Es wurde eine Kommission bestimmt, die unter Führung des Vorsitzenden der Landwirtschaftskammer über die neue Festlegung der Umlage für die Rheinprovinz mit dem Reichsernährungsminister verhandeln soll.

Wie aus dieser Meldung selbst hervorgeht, ist der in einigen Gegenden des Rheinlandes durch die übergroße Dürre schlechte Ausfall der Getreideernte nur der Vorwand für die geforderte teure rheinische Landwirtschaft, sich den Verpflichtungen zur Ablieferung nach den Bestimmungen des Gesetzes zu entziehen. Um so unerhörter ist es, daß der Vertreter der preussischen Regierung sich bereit erklärt hat, dem Verlangen der Landwirte nach Ermäßigung ihrer Ablieferung zu entsprechen. Dieses Verhalten ist



genommen und darauf vermerkt, daß die Papiere beschlagnahmt worden seien und sich Oberst Freyberg am Montag im Zimmer 21 des Berliner Volkstheatergebäudes zu melden hätte.

Die Ermittlungen der Abteilung Ia der Kriminalpolizei führten noch in der Nacht zur Feststellung der Besitzer und Fahrer der Kraftwagen, deren Nummern sich die Ueberfallenen gemerkt hatten.

Nord in der Pappellasse

Im Keller des Quergebäudes des Hauses Pappellasse 5 wurde in der Nacht zum Sonntag der dort wohnhafte 63 Jahre alte frühere Schmied Karl Stucke erschossen aufgefunden.

Linienänderungen der Straßenbahn. Vom 24. d. M. ab werden von der Straßenbahn folgende Linienänderungen vorgenommen:

neue Verbindungen nach dem Lehrter Bahnhof, Bahnhof Friedrichstraße und dem Stettiner Bahnhof her.

Vorausichtiges Wetter für Berlin und Umgebung am Dienstag. Zunächst überwiegend heiter, am Tage warm bei ziemlich, leichtem südlichen Winden.

Gewerkchaftliches

Zum Kampf der Buchbinder

Die am 21. Juli 1921 in den Kammersälen zu Berlin tagende Branchenversammlung der Buchbinder, welche äußerst stark besucht war, nahm Stellung zu den Reichstaxisverhandlungen in Weimar sowie den Akkordtarifverhandlungen in Leipzig.

Erzery gab einen detaillierten Bericht von diesen Verhandlungen, wie er ja allen Kollegen durch die Buchbinderzeitung bereits bekannt ist. Er geht mit scharfen Worten den Versuch der Unternehmer, die 48stündige Arbeitszeit in den Buchbinderzeilen auf 48 Stunden zu verlängern, auf welcher Basis für sie ein Verhandeln überhaupt nur möglich wäre.

Einstimmig wurde eine Entschließung angenommen, in der Kenntnis von der Verlängerung des Tarifs auf ein Jahr genommen wurde, ohne von dem Resultat berichtet zu sein.

In seinem Schlußwort konstatiert Erzery nochmals die freudige Tatsache, daß der gerechte Streit der Kontobuchbinder von den Mitglieðern aller Parteirichtungen geteilt und unterstützt wird.

Funktionäre der chemischen Industrie!

Am Mittwoch, den 27. d. M., abends 7 Uhr, findet in der „Müller-Sälen“, Börsenstraße, Kasper-Wilhelm-Str. 31, eine Funktioriarversammlung der Angestellten der chemischen Industrie statt.

Deutscher Eisenbahner-Verband. Am Freitag, den 29. Juli 1921, abends 7 Uhr, findet in der Neuen Wilhelmstr. 10, Köpenicker Straße 96-97, eine Versammlung aller im D. E. B. organisierten U. S. P. D.-Delegierten, Betriebsräte und Genossen statt.

Die Konferenz der Vertreter der Gewerkschaftshäuser, die zum 23. und 24. August nach Hannover zusammenberufen ist, findet im Volkshaus, Nicolaisstr. 10, statt.

Zentralverband der Zimmerer Groß-Berlin. Die Fortsetzung der Jahrestellensammlung vom 23. Juli findet am Dienstag, 26. Juli, abends 6 1/2 Uhr, in den Andreas-Feisthals, Andreasstraße 21, statt.

Metallarbeiter, 21. Bezirk (Oberschöneweide und Umgegend). Dienstag, nachmittags 4 1/2 Uhr, in Niederschöneweide, Berliner Straße 26, Zusammenkunft aller U. S. P. D.-Vertrauensleute und Delegierten.

Parteiveranstaltungen

14. Mittwoch. Arbeitssale Genossen, welche Anspruch auf Gratifikation der „Freiheit“ haben, müssen sich bis 26. Juli bei H. Schreiber, Schreiberstraße 206, 3 Tr., melden.

12. Mittwoch. Die Genossen und Genossinnen treffen sich heute abend 8 Uhr in der Trauer-Königshaus zum Wähler-Kongress. Eintritt 1,50 M.

18. Verwaltungsbefehl. Sitzung der Bezirksverbände, Stadtdirektion und kommunalen Kommission, abends 7 Uhr, im Spensier-Kaufhaus, Zimmer 42.

12. Mittwoch. Die Genossen werden auf das heute abend in Königshaus stattfindende Wähler-Kongress aufmerksam gemacht. Eintritt 1,50 M.

13. Mittwoch, 1. Abteilung. Abends 7 Uhr, Wiesener Str. 22, Schulsaal, gemeinsame Zusammenkunft der Parteien, Freitag, den 23. Juli 1921.

3. Verwaltungsbefehl. 7. Mittwoch. Sitzung der Bildungskommission 7 1/2 Uhr bei Carl Döhling (Sch-Carl), Brunnenstraße 74.

16. Verwaltungsbefehl. (Köpenick, Friedrichshagen, Rahnsdorf, Köhnbeck, Schinow). Abends 7 Uhr Sitzung aller Funktionäre im Spensier-Kaufhaus, Zimmer 42.

17. Verwaltungsbefehl. Pflanzberg Stadt und Land. Abends 7 Uhr, gemeinsame Sitzung der Fraktion, kommunalen Kommission und der beiden Bezirksleitungen im Sitzungssaal des Kaufhauses, Mühlendammstraße. — Tagesordnung: Sitzungsanfrage zur beschleunigten Stadtbücherei und Bezirksbibliotheksausschuss.

8. Mittwoch (Mehring). 7 Uhr Mittwochversammlung in der sozialistischen Schulsaal, Köpenicker Straße 22, abends 7 Uhr, im Spensier-Kaufhaus.

14. Mittwoch. 7 Uhr Mittwochversammlung bei Wiltner, Schreiberstraße 206, 3. Tr. — Tagesordnung: Zusammenkunft aller Funktionäre.

Bereitschaftler

Internationaler Bund der Kriegsgenossen. Freitag, den 26. Juli, abends 7 Uhr, im Köpenicker Kaufhaus, Zimmer 42.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Bezirk Groß-Berlin. Freitag, den 27. Juli, abends 7 Uhr im Vereinslokal Tempel, Friedrichstraße 10.

Verantwortlich für Inhalt u. Verteilung: Deschler & Co., Berlin-Friedrichshagen, Köpenicker Straße 22, abends 7 Uhr im Vereinslokal Tempel, Friedrichstraße 10.

Druck bei der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Theater und Vergnügungen

Volksbühne, Kommerzbühne, Deutsches Theater, Kammerpiele, Großes Schauspielhaus, Berliner Theater, Königsgraben Str., Komödienhaus, Residenz-Theater, Trianon-Theater, Kleines Theater, Leipzig-Theater, Komische Oper, Alt-Heidelberg, Theater am Rollendorfsplatz, Der Vetter aus Dingsda, Rose-Theater, Der arme Millonär, Wallner-Theater, Flegenerlebe, Walhalla-Theater, Die Scheidungsreise, Apollotheater, Tip-Tip Murrai, Der Sport-Schlomihl, Berliner Frater, Wenn Engel sirelken!

Rauchtabak, Müller!! (Koch & Seeland), Briefmarken: Münzen, Cigaretten, etc.

Ein Buch für Eltern und Lehrer! Schulfaserne oder Gemeinschaftsschule. Von Adolf Jensen und Wilhelm Lamzus.

Stoffe, Koch & Seeland, Zur Justizreform! Jetzt aktuell! Klassenjustiz, Von Fritsch Schneider, Botenfrauen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Zeitungsausgeberinnen, „Freiheit“-Ausgabestelle.

Kleine Anzeigen, Verkäufe, Kaufsuche, Geld-Verkehr, Möbel, Anmietungen.